

blick nach rechts

G 13861

INFORMATIONSDIENST ÜBER RECHTSAUSSEN: 14. Jahrgang Nr. 10 14. Mai 1997

→ **Breites Sortiment**

Im Angebot des Leopold-Stocker-Verlags finden sich neben Kochbüchern auch Werke über Heß und Hitler. Die Autorenschaft des Verlags reicht von ausgewiesenen Rechtsextremisten bis zu prominenten Politikern.

→ **„Rote Karte“ für die Rechte** Seite 4

Für den SPD-Bundestagsabgeordnete Siegfried Vergin stellt der Rechtsextremismus weiterhin ein beachtliches Gefährdungspotential dar. Der jüngst vorgelegte Verfassungsschutzbericht des Bundes biete keinen Anlaß zur Entwarnung.

→ **„Nazidiktation“ vor Gericht** Seite 7

Ein Sachverständiger hat in seinem Gutachten dem Münsteraner FH-Professor Pfeifenberger antisemitisches Gedankengut bescheinigt, wobei auch „Nazitöne“ identifiziert werden könnten. Ein Wiener Gericht wird demnächst darüber zu befinden haben.

→ **Deutsche unter Vorbehalt** Seite 10

Nur jeder zehnte der etwa eine halbe Million vor Hitler ins Ausland geflohenen deutschen Emigranten ist nach 1945 wieder zurückgekehrt. Den Rückkehrern wurde zugemutet, wieder um die deutsche Staatsbürgerschaft zu bitten, die ihnen von den Nazis zuvor geraubt worden war.

Tagebuch Seite 14

Nur im Abo. 14tägig zum Preis von DM 117,- jährl. zzgl. MwSt. und Versand
Vorwärts Verlag, Wilhelmstr. 140, 10963 Berlin
Telefon 030/25 99 16 41, Fax 25 99 16 54

Im Sortiment Backbücher und
Werke über Heß und Hitler

„Ein traditions- reicher Verlag“

Der in Graz ansässige Leopold-Stocker Verlag genießt in bundesdeutschen Rechtskreisen einen guten Ruf. Neben ausgewiesenen Rechtsextremisten befinden sich unter der Autorenschar des 1917 gegründeten österreichischen Verlages auch prominente Politiker. Anzeigen schaltet der Verlag ebenfalls gerne in rechtsextremen Blättern.

Das österreichische Bundesministerium für Inneres weist in seinem „Jahreslagebericht 1995“ darauf hin, daß „Südtirol-Aktivist“ weiterhin Gegenstand behördlicher Präventivmaßnahmen sind. Ins Visier der Ermittler wird so zwangsläufig das Buch „Chronik Südtirol“ des österreichischen Leopold Stocker Verlages (Sitz: Graz), von „Nation+Europa“ (NE) als „eines der renommiertesten Verlagshäuser des deutschsprachigen Raumes“ gerühmt, geraten.

Rechtsextreme Gazetten feiern das voluminöse Machwerk (rund 740 Seiten) schon seit Wochen als „Das Handbuch zum Südtiroler Freiheitskampf 1959-1969“. Herausgeber ist Otto Scrinzi, von 1966 bis 1979 außenpolitischer sowie Südtirolsprecher der FPÖ und heute Führungskopf des neonationalsozialistischen „Kulturwerkes Österreich“. Vergangenes Jahr übermittelte Scrinzi den Teilnehmern des 3. Europäischen Kongresses der Jugend, ausgerichtet von den „Jungen Nationaldemokraten“ (JN), im sachsen-anhaltinischen Groß-Rosenburg (Kreis Schönebeck), ein schriftliches Grußwort.

Angepriesen wird das Buch u.a. vom Buchdienst Südtirol in Nürnberg. Betreiber ist der Exil-Österreicher und „Südtirol-Bumser“ Peter Kienesberger, der wegen terroristischer Anschläge während der 60er Jahre in Italien zu lebenslanger Haft verurteilt worden ist. Werbeanzeigen für seinen Buchdienst, bei dem im Juni 1996 eine Hausdurchsuchung stattfand (Grundlage war u.a. ein Beschlagnahmebeschluß gegen ein Buch des holocaustleugnenden Berliner „Verlages der Freunde“), schaltet Kienesberger u.a. in der ultrarechten Militaria-Zeitschrift „Barett“.

Prominente österreichische Mitautoren des Buches „Chronik Südtirol“, die in der Bundesrepublik ihr

Auskommen haben, sind Erhard Hartung, Oberarzt am Düsseldorfer Universitätsinstitut für klinische Anästhesiologie, und Werner Pfeifenberger (vgl. S. 7), Politikprofessor am Fachbereich Sozialwesen der Fachhochschule Münster.

„Provokante, zeitkritische Stellungnahmen“

Pfeifenberger ist selbst Referent beim „Kulturwerk Österreich“, das 1992 als Abspaltung vom „Deutschen Kulturwerk Europäischen Geistes“ (DKEG) gegründet wurde; das „Kulturwerk Österreich“ zählt nach Angaben des österreichischen Bundesministeriums für Inneres zu jenen rechtsextremen Vereinen, die unter dem Deckmantel der Legalität agieren und als Vorfeld- und Umfeldorganisation der NS-orientierten Szene fungieren. Gerngesehener Referent ist Pfeifenberger auch beim „Verein zur Förderung der Psychologischen Menschenkenntnis“ (VPM) und beim „Hilfskomitee Südliches Afrika“ (HSA).

Dem Mediziner Hartung, der der Sprecherriege des „Tiroler Heimatbundes“ angehört, bescheinigte jüngst das Oberverwaltungsgericht Münster, daß Artikel, die unter seinem Namen im „Klartext“ bzw. anderen Periodika der „Nationaldemokratischen Partei Österreichs“ (NDP) publiziert wurden, nicht aus seiner Feder stammten - was für Hartung dienstrechtliche Konsequenzen gehabt hätte. Tatsache ist allerdings, daß Hartung in den Jahren 1975 und 1976 mit NDP-Transparenten und -fahnen bei Kundgebungen aufgetreten ist, wie sich durch Fotos aus „Klartext“ bzw. „Nationaldemokratische Nachrichten“ belegen läßt. Am 17. Juni 1975 nahm Hartung gar als Vertreter der NDP an einer rechtsextremen Kundgebung in Bonn teil.

Rechte Autoren finden beim Leopold Stocker Verlag, den die neonationalsozialistische Postille „Fakten“ zu den „traditionsreichsten österreichischen Verlagen“ zählt, seit Jahrzehnten eine politisch-publizistische Heimat.

Gegründet wurde der Verlag 1917 von Leopold Stocker (1886 geboren). Zu Beginn ausschließlich auf landwirtschaftliche Bücher spezialisiert, nahm der Verlag ab 1921 eine völkisch-nationale Richtung ein. In einer Stocker-Verlagswerbung für das 1921 beim Verlag erschienene Buch „Juda. Kritische Betrachtungen über Wesen und Wirken des Judentums“ des Antisemiten Karl Paumgarten

heißt es: „Das wesentliche Ergebnis seiner kritischen Betrachtungen ist die Erkenntnis: Der Jude ist als Jude Anti-Arier, der Arier ebenso Anti-Jude, beide sind als unversöhnliche Gegensätze in die Welt gekommen und müssen es bleiben.“ Verlegt wurde von Stocker auch die „Judenfibel“. Stocker zu dem Buch in seiner Werbung: „Alles, was wir am Juden als >jüdisch< - das heißt von der übrigen Menschheit abweichend - erkennen, ist auf diese Mischung minderwertigen Blutes zurückzuführen.“ Im Mai 1938 vertrat Stocker, der von 1919-1920 als steirischer Abgeordneter des „Deutschen Bauernbundes“ (später: „Landbund“) in der Nationalversammlung saß und 1924-1926 als Mitglied des Landbunds (Steiermark) dem Bundesrat angehörte, die „Südostmark“ auf einem Kongreß in Leipzig. Das Börsenblatt (Nr.122/1938) hielt seine Begrüßung fest, in der er „vom Glauben an den Führer“ schwadronierte, der „seine Heimat nicht vergessen habe“. Nach 1945 wurde gegen Stocker im Zusammenhang mit einer Reihe von Prozessen gegen Ewiggestrige von der Grazer Staatsanwaltschaft ein Strafverfahren u.a. wegen des Verdachts der Mitwisserschaft an der steiermarkschen Nazi-bewegung von Theodor Soucek eingeleitet. Mehrere Monate Untersuchungshaft und Hausarrest waren die Folge. Murray G.Hall, Spezialist für die „Österreichische Verlagsgeschichte 1918-1938“ hält fest: „Er schwor fortan, die alte Linie seines Verlags fortzusetzen und ausschließlich völkisch-nationale Autoren zu fördern.“ Am 25.Dezember 1950 starb Stocker im 64.Lebensjahr. Die Witwe, Marianne Stocker (1972 verstorben), und die Tochter, Ilse Dvorak-Stocker übernahmen die Verlagsleitung.

Prominente Autorenschaft

Alljährlich ist der Leopold Stocker Verlag bei der Frankfurter Buchmesse dabei und präsentiert - umrahmt von Jagd-, Koch- u.Landwirtschaftsbüchern - seine 1991 gestartete „edition Themen“ (Selbstdarstellung: „Sie stellt ein Forum für provokante, zeitkritische Stellungnahmen dar, die nicht unbedingt der jeweils gängigen Tagesmeinung entsprechen“). Die ersten Bücher dieser Reihe entstanden in Kooperation mit dem „Freiheitlichen Bildungswerk“ unter Andreas Mölzer; heute ist der Autorenkreis der Taschenbuchreihe in der Grauzone zwischen Rechtskonservatismus und Rechtsextremismus angesiedelt, darunter: Heinrich Lummer (CDU-MdB), Paul Latussek (stellvertretender Bundesvorsitzender des „Bundes der Vertriebenen“), Gerhard Löwenthal (Ex-Moderator des

ZDF-Magazins“), Günter Maschke (nach rechts gewendeter Alt-Linker), Walter Staffa (Funktionär des „Witiko-Bundes“ und des „Deutschen Seminars“) sowie merkwürdigerweise auch der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber, ebenso wie Umberto Bossi und Jörg Haider, neben anderen. Publiziert wird zu populären „Rechts“-Themen wie „Österreich in die EU!? Der falsche Weg nach Europa“ oder „Einwanderungsland Europa?“ und „Europa der Regionen“.

In aktuellen Gesamtverzeichnis 1996/97 des Verlages finden sich Bücher wie „Adolf Hitler - mein Jugendfreund“ von August Kubizek, „Kampf der Gebirgsjäger um die Westalpen und den Semmering“ von Roland Kaltenegger, „Rudolf Heß - ein gescheiteter Friedensbote?“ von David Irving und „Rudolf Heß: >Ich bereue nichts<“ von Heß-Sohn, Wolf Rüdiger. Das Buch endet mit dem Bekenntnis: „Ich bin auf das Volk, das ihn hervorbrachte, und auf ihn, meinen Vater stolz. Sein Opfer ist nicht umsonst erbracht worden.“ Aktueller Bestseller ist das „Lexikon des Konservatismus“, herausgegeben von Caspar von Schrenck-Notzing.

„Ein ganzes Volk in Geiselhaft“

Regelmäßig schaltet der Leopold Stocker Verlag Anzeigen in Zeitschriften und Zeitungen wie der „Jungen Freiheit“, „Nation+Europa“, der altbackenen Monatsschrift „Deutschland-Magazin“, dem revanchistischen „Ostpreußenblatt“, dem SS-orientierten „Freiwilligen“, dem bieder-konservativen „Paneuropa-Deutschland“, der jungkonservativ ausgerichteten Vierteljahresschrift „Criticon“ und in den österreichischen Blättern „Eckartbote“ und „Aula“.

Mit Jahresbeginn 1996 hat Wolfgang Dvorak-Stocker (1966 geboren), der seit 1991 im Verlag tätig ist, die Leitung des Verlagshauses von seiner Mutter Ilse (75) übernommen. Dvorak-Stocker bürgt für die politisch-publizistische Kontinuität des Leopold Stocker Verlages. In einem Interview mit Dieter Stein, Chefredakteur der „Jungen Freiheit“, sagte er über die Zielrichtung des Verlages aus, daß es ihm „um die Brechung eines Klimas der muffigen Meinungseinfalt und inquisitorischen Gesinnungsschnüffelei, der dogmatischen Festschreibung historisch längst überholter Positionen, um ein Ankämpfen gegen den Versuch, ein ganzes Volk in Geiselhaft für ein gescheitertes Ideologie-Projekt zu nehmen“, gehe.

Anton Maegerle

Unter der Lupe: Bundesverfassungsschutzbericht für 1996

„Rote Karte“ für Rechts- extreme

Von Siegfried Vergin MdB

Der Bundesverfassungsschutzbericht 1996 verspricht eine vorläufige Beruhigung: Die Zahl der rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten ist von 837 auf 781 zurückgegangen, da es 1996 weniger Sachbeschädigungen und Brandanschläge gab als im Vorjahr. Der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Peter Frisch, hat recht, wenn er keinen Grund zur Entwarnung sieht, denn:

- * die absolute Zahl registrierter rechtsextremistischer Gewalttaten liegt immer noch deutlich höher als die der Linksextremisten,
- * die Zahl der rechtsextremistisch motivierten Straftaten insgesamt ist durch den Anstieg der Propagandadelikte um mehr als zehn Prozent gestiegen,
- * die Zahl der Neonazis und der gewaltbereiten Skinheads ist angewachsen. Nach den zahlreichen Vereinigungsverböten seit 1992 organisieren sich die bundesdeutschen Neonazis nun häufiger in lose strukturieren „autonomen Kameradschaften“. Von den rund 2.500 Neonazis sind 1.000 in solchen Kameradschaften beheimatet. Regionaler Schwerpunkt ist wie im Vorjahr Baden-Württemberg, d.h. die dortige Landesregierung ist bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus und Gewalt gefordert, dem Rechnung zu tragen.
- * Erschreckend ist die Entwicklung in der Skinhead-Szene, in der sich eine große Gruppe der gewaltbereiten Rechtsextremisten findet, deren Zahl im Vergleich zum Vorjahr um 200 auf insgesamt 6.400 erneut angestiegen ist. Nicht nur Großstädte wie Berlin und Hamburg, sondern auch ländliche Regionen bieten heute Skinhead-szenen. Überproportional stark vertreten sind sie in Ostdeutschland. Immer mehr Skin-Bands werden gegründet und auch die Zahl der Konzerte hat sich verdoppelt. Das läßt auf eine größere Nachfrage beim jugendlichen Publikum schließen. Die Gründe dafür müssen erforscht werden.
- * Gerade im Skinhead-Bereich läßt sich die internationale Zusammenarbeit der Rechtsextremisten beobachten. Personell, organisatorisch,

ideologisch existiert eine Kooperation mit britischen und amerikanischen Skinheads. Die aus Großbritannien stammende neonazistisch orientierte Gruppierung „Blood & Honour“ organisiert erfolgreich Skinhead-Konzerte, vor allem in Sachsen. Inzwischen haben sich bereits bundesdeutsche Strömungen der „Hammerskins“ und „Blood & Honour“ entwickelt.

- * Im Vergleich zur Entwicklung vor zehn Jahren hat sich die Zahl der Personen im organisierten Rechtsextremismus mehr als verdoppelt und sich nun zahlenmäßig auf dem hohen Niveau von 45.300 eingependelt, wenn es auch diesmal 700 Mitglieder weniger sind als 1995. Die Zahl sagt aber noch nichts aus über den Einflußradius der Ideen des Rechtsextremismus auf die bundesdeutsche Gesellschaft.
- * Die Zahl der Gewaltakte mit antisemitischem Hintergrund ist leicht angestiegen. Im 1996er Jahresbericht „Antisemitismus weltweit“ der Tel Aviver Universität wird darauf hingewiesen, daß der Antisemitismus am stärksten im Internet gedeiht. Für extremistische Gruppen ist das Netz demnach wichtigstes Mittel, um das Bild des „Juden als subversives Element“ weltweit zu verbreiten. Zu diesem neuen Bedrohungspotential macht der Bundesverfassungsschutzbericht keine Angaben.
- * Gerade im Neonazi-Bereich zeigt sich der verstärkte Einsatz neuer Kommunikationssysteme. Das „Thule-Netz“ spielt eine wichtige Rolle, weil darüber u.a. Daten politischer Gegner verbreitet werden. Hier ist die Regierung gefordert, endlich tätig zu werden.
- * Die Bonner Strategie der Extremismusbekämpfung zeigt kein einheitliches Bild. Linksextremistischen Gruppen und Parteien wird vorgeworfen, sie wollten die freiheitlich-demokratische Grundordnung überwinden. Der „Republikaner“-Führung dagegen wird bescheinigt, sie propagiere einen Kurs der Rücknahme extremistischer Positionen.
- * Knapp informiert der Verfassungsschutzbericht über die „Intellektualisierungsbemühungen“ des Rechtsextremismus. Das Gefahrenpotential, die damit einhergehende Attraktivität im akademisch-universitären Bereich wird aber nicht näher beleuchtet. Warum die „Neue Rechte“ seit Jahren erfolgreich von sich reden machen kann, wird nicht gesagt. Die weitere Gefahr der Neuen Rechten, Demokraten für extremistische Ziele einzuspannen, wird ebensowenig thematisiert. Dabei liegt hier der größte Nährboden zur Veränderung der demokratischen Gesellschaft.

- * Für die revisionistische Agitation braucht man Material. Die Regierung bemüht sich zwar weiterhin, durch internationale Absprachen die Einführung rechtsextremistischer Propaganda in die Bundesrepublik zu verhindern. Doch das Bemühen ist bislang wenig erfolgreich.
- * Daß es internationale rechtsextreme Treffen gibt, steht außer Frage. Der Verfassungsschutzbericht gibt aber keine Hinweise auf die Qualität der internationalen Zusammenarbeit von Rechtsextremisten. Ich warne schon seit Jahren vor der Gefahr einer internationalen Vernetzung. Die Antwort der europäischen Demokraten ist noch immer offen. „Gelbe“ und „Rote“ Karten müssen aufgerichtet werden, denn der Rechtsextremismus stellt weiterhin ein beachtliches Gefährdungspotential dar.

(Siegfried Vergin ist Sprecher der Projektgruppe „Bekämpfung von Rechtsextremismus und Gewalt“ der SPD-Bundestagsfraktion)

Patenkind der Unionsparteien

Schnurstracks ins rechte Ghetto

Am 7.Juni findet der Bundesparteitag der „Deutschen Sozialen Union“ (DSU;*) die sich als „grundsätzliche Alternative zu den Bonner Parteien“ („Nation+Europa“) versteht, statt. Auf der Tagesordnung steht u.a. die Wahl zum Bundesvorstand.

Im politischen Alltagsgeschäft der Bundesrepublik ist die rund 2.000 zählende Mitglieder umfassende DSU inzwischen völlig bedeutungslos. Selbst im Stammland Sachsen erreichte sie im Jahr 1994 zur Landtagswahl lediglich beschämende 0,6 Prozent. Nach eigenen Angaben verfügt die Partei angeblich noch über rund 450 Mandatsträger in Städten und Gemeinden in den neuen Bundesländern. Zukunftsweisende Visionen sind der DSU fremd. Propagiert wird der rechte Einheitsbrei: Ablehnung des Maastricht-Europa, Kampf gegen den Euro, weitere Einschränkung des Asylrechts... Ihre jüngste Polit-Show hielt die DSU am „Politischen Aschermittwoch“ (12.Februar) unter dem Motto „Sachsen braucht Konservative - Linke Parteien gibt es genug!“ in Dresden ab. Gastredner waren dabei Lothar Lauck (Ex-Bundestagskandidat der NPD), Mitglied des Sprechergremiums des „Bünd-

nisses Konstruktiver Kräfte Deutschlands“ (BKKD) und Hans-Ulrich Kopp, Sprecher der „Deutschen Burschenschaft“ (DB).

Hoffnungsvoll hatte der Start der DSU am 20.Januar 1990 in Leipzig als Zusammenschluß von 12 Parteien und Gruppierungen (u.a.: „Christlich-Soziale Partei Deutschlands“ >CSPD<, „Sozial-Bürgerliche Union“ >SBU>, „Volksunion Sachsens“ >VUS<) begonnen. Organisatorischer und finanzieller Taufpate war die CSU. An der Volkskammerwahl vom 18.März 1990 beteiligte sich die DSU im Rahmen des Wahlbündnisses „Allianz für Deutschland“ (CDU, DSU und „Demokratischer Aufbruch“) mit einer eigenen Liste und errang 6,3 Prozent der Stimmen. Nach der deutsch-deutschen Vereinigung verlor die Partei rasch an Bedeutung.

Katastrophal wirkte sich für die DSU die Wahl Roberto Rinks zum Bundesvorsitzenden beim 5.Bundesparteitag am 24.April 1993 aus. Auf sein Drängen hin beschloß die DSU die Ausdehnung in den Westen, „weil die Probleme Mitteldeutschlands nur im Bundestag und nicht in den Landtagen gelöst werden können.“ Damit war der Bruch mit der Schwesterpartei CSU perfekt (O-Ton Rink: „In der Vergangenheit sind wir von der CDU und der CSU benutzt worden.“). Am 8.August 1993 kam es zwar in Hannover zur Gründung eines ersten Landesverbandes in den alten Bundesländern, zum niedersächsischen Landesvorsitzenden wurde Reinhard Uhle-Wettler gewählt. Dieser hatte am 8.August 1992 die „Gemeinschaft Freiheitlicher Demokraten“ gegründet, deren Mitglieder nun geschlossen zur DSU übertraten. Doch bereits im November 1993 mußte Rink eingestehen, daß die Ausdehnung in den Westen komplett gescheitert war. Mit Ausnahme von Ernst Marliany (Rheinland-Pfalz), stellvertretender DSU-Bundesvorsitzender, verfügt man heute über keine politischen Kräfte im Westen. Selbst dieser beschränkt seine parteipolitischen Aktivitäten auf das Verfassen von Stellungnahmen, die in der Medienwelt niemand zur Kenntnis nimmt, und dem Schreiben von Leserbriefen, beispielsweise in der Tageszeitung „Die Welt“.

Mechtersheimer ist Favorit

Ihre politische Zukunft scheint die DSU unter Roberto Rink nunmehr in einer Dachorganisation von ultrarechten bis rechtsextremen Kräften (u.a. „Deutsche Partei“, „Freie Bürger Union Deutschlands“, „Bund Freier Bürger“) unter der Führung von Alfred Mechtersheimer zu erblicken. Rink,

dem „Nation+Europa“ bescheinigt, daß er sich „wiederholt für ein Zusammenrücken deutscher Patrioten ausgesprochen“ hat, über den Starnberger „Friedensforscher“ in einem NE-Interview (11-12/1996): „Ich sehe zur Zeit nur eine Person, für die ich in einer Sammelbewegung meine Wahlfunktion einbringen würde - Alfred Mechtersheimer.“ Rinks Meinung teilten augenscheinlich auch die Delegierten des überregionalen DSU-Parteitag (Sachsen-Anhalt) am 16. Juni in Halle/Saale, wo Mechtersheimer bejubelt wurde. Freundlich empfangen wurde ebenfalls Regina von Schrenck-Notzing vom „Bund Freier Bürger“ (BFB). Umgekehrt machte Rink als Gast beim Bundesparteitag des „Bundes Freier Bürger“ (BFB) bereits am ersten Februarwochenende 1995 der Brunner-Partei seine Aufwartung. Rink gehört, ebenso wie Mechtersheimer und Schrenck-Notzing zu den Erstunterzeichnern des Aufrufs „3. Oktober 1990: Tag der deutschen Einheit - Tag der deutschen Befreiung“ der „Initiative 3. Oktober“. Im vergangenen Jahr war Rink neben Hans-Helmuth Knütter einer der Redner bei der Kundgebung der „Initiative 3. Oktober“ am Kyffhäuser-Denkmal in Thüringen.

Wenige Tage später, am 19. Oktober, wünschte Rink dem Bundesparteitag der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ schriftlich einen „guten Verlauf und die zur erwartenden Impulse für die Zukunft“. Persönlich konnte Rink, wie er bedauerte, nicht anwesend sein, da er durch eine andere Veranstaltung verhindert war. Nicht verhindert war Rink bei zwei Lesungen von Franz Schönhuber im Frühling dieses Jahres in Dresden. An den Lesungen, die von den REPUBLIKANERN ausgerichtet wurden, nahmen neben REP-Funktionären und dem Schönhuber-Verleger Gert Sudholt auch Vertreter von Burschenschaften, DVU und NPD teil.

Anton Maegerle

*) Anmerkung

(Neben der DSU existiert eine gleichnamige „Deutsche Soziale Union“ (DSU), Zusatzbezeichnung: „Die Vierte/Deutsche Partei“ (Sitz:Bonn), die sich als „deutschlandweite Partei rechts der CDU“ versteht. Bundesvorsitzender ist der Staats- und Völkerrechtler Hans-Werner Bracht (Autor im „Schlesier“ und im „Anzeiger“ der „Notverwaltung des deutschen Ostens“), der juristisch u.a. dem Holocaustleugner Udo Walendy und dem Neonazi Erhard Kemper zur Seite stand.)

NPD-Aufmarsch in Hann.-Münden

Ersatz- kampfplatz

Für viele der mobilisierten Anhänger der NPD und ihres um das militante Spektrum erweiterten Umfeldes war es offenbar zu spät, auf das Verbot ihrer Demonstration am 1. Mai am Völkerschlachtdenkmal in Leipzig und die dann rasch erfolgenden Verbote auch der geplanten Ersatzveranstaltungen (z.B. Halle, Cottbus) zu reagieren. Ähnlich wie bei den Rudolf-Hess-Gedenkmärschen kam es so zu einem Katz-und-Maus-Spiel mit den Polizeikräften, die Demonstrationen auch an spontan und willkürlich gewählten Ersatzorten zu verhindern suchten. Zu diesen gehörte ebenso die südniedersächsische Kleinstadt Hann.-Münden. Dort versuchten dreihundert Neonazis, auf den Marktplatz vorzudringen, wo parallel die Mai-Kundgebung des DGB stattfand. Auch die offenbar mangelnde Ortskenntnis führte dazu, daß der Versuch rasch von zahlreichen Polizeikräften unterbunden wurde. Dabei kam es zu teilweise heftiger Gegenwehr der NPD-nahen Demonstranten. Ein Beamter wurde schwer verletzt, 124 Neonazis wurden festgenommen.

Entgegen ersten Vermutungen, daß die Aktion durch den ehemaligen FAP-Landesvorsitzenden Thorsten Heise geleitet wurde, stand sie unter Führung des bis zum Verbot führenden Funktionärs der „Nationalistischen Front“ Steffen Hupka (Quedlinburg), der seit dem vergangenen Jahr dem Bundesvorstand der „Jungen Nationaldemokraten“ angehört. Von der NPD-Jugendorganisation war Hupka auch zur NF gestoßen. Aus seinem Ostharzer Umfeld, wo er ein weitverzweigtes Netzwerk geschaffen hat, stammte auch der größte Teil der Demonstranten in Hann.-Münden. Als Reaktion auf den Vorfall riefen die im Rat der Kleinstadt vertretenen Parteien, der DGB und das Antifaschistische Bündnis Südniedersachsen zu einer Demonstration am 3. Mai auf, an der sich rund 600 Menschen beteiligten. Eine für dieses ländliche Gebiet beachtliche Zahl. Die NPD dürfte nicht damit gerechnet haben, daß ihre soziale Demagogie auf so entschiedenen Widerstand stößt. Hann.-Münden hat allerdings eine Tradition zu verteidigen - als Hochburg des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus und als Hochburg der Arbeiterbewegung. Dieser Verpflichtung sind die Bewohner gerecht geworden.

Andreas P. Zaleshoff

Ausführungen eines Münsteraner Professors:

„Nazitöne klar identifiziert“

Den Niedergang der Weimarer Republik führt er auf die Auseinandersetzungen zwischen „Internationalsozialisten“ (!) und „Nationalisten“ zurück, die „teils ethnisch bewußt, teils bedingt durch die starke jüdische Mitgliedschaft in internationalistischen Gremien“ gewesen sei und „zu einem Kampf zwischen Deutschen und Juden entartete, der vom politischen Sieger nach der Machtübernahme auf staatlicher Ebene fortgeführt wurde“. Er behauptet, im März 1933 hätte „Judäa“ nicht nur der nationalsozialistischen Regierung, „sondern ganz Deutschland den Krieg erklärt“. Kurt Tucholsky nennt er einen „internationalistische(n) Hassler“, der „den Menschen seines deutschen Gastlandes den Gastod zu wünschen glaubte, weil sie ihm viel zu nationalistisch dachten“. Natürlich sieht er sich von „verweltlichten internationalistischen Umerziehungsexperten“ umstellt und einer „Meinungsjustiz“ bedroht. Und zum Beleg seiner Ausführungen führt er einschlägiges Schrifttum an: Eine Polemik gegen Richard von Weizsäcker verweist auf ein Buch aus dem „Druckschriften- und Zeitungsverlag“ Gerhard Freys, sein Bild über Hitler und Stalin hat er aus einer Publikation des früheren NPD-Vorsitzenden Adolf von Thadden („eine interessante Gegenüberstellung“) gewonnen.

„Tradition antisemitischer Geschichtsbilder“

Die Zitate sind einem Aufsatz des Münsteraner FH-Professors Werner Pfeifenberger (Jahrgang 1941) entnommen, der 1995 im „Jahrbuch für politische Erneuerung“ der Freiheitlichen Partei Österreichs erschien. Titel: „Internationalismus gegen Nationalismus - eine unendliche Todfeindschaft?“. Der Wiener Journalist Karl Pfeifer kommentierte

die Ausführungen in der Zeitung der Israelitischen Kultusgemeinde mit dem Begriff „Nazidiktion“. Pfeifenberger reagierte mit einer Anzeige. Die Vorwürfe seien ehrenrührig und würden ihn in der öffentlichen Meinung verächtlich machen und herabsetzen. In seinem Strafantrag nimmt Pfeifenberger von seiner Wortwahl freilich keinen Abstand. Es sei, so Pfeifenberger, „sachlich nicht gerechtfertigt, von einer ‘Mär vom jüdischen Krieg gegen Deutschland’ zu schreiben, weil es derartiges vom gedanklichen Ansatz tatsächlich gegeben hat.“

Ob der Politikwissenschaftler, der auch als Unterstützer der Psychosekte „Verein zur Förderung der Psychologischen Menschenkenntnis“ (VPM) in Erscheinung getreten ist und 1995 an den vom österreichischen Rechtsextremisten Otto Scrinzi veranstalteten „Kulturtagen“ teilnahm, vor dem Landgericht in Wien Recht bekommen wird, ist ungewiß. Dem Gericht, das Anfang Juni zur Verhandlung zusammentritt, liegt seit Mitte März ein Gutachten des Linzer Zeithistorikers Rudolf Ardelts vor. Der Sachverständige, der mit Zustimmung des Klägers den Aufsatz analysiert hat, kommt darin zu einem deutlichen Ergebnis: Nach seiner Auffassung handele es sich nicht um eine wissenschaftliche Arbeit, sondern um „ein vor allem polemischen, politisch-ideologischen Zwecken dienendes Pamphlet“, das „eindeutig in einer Tradition antisemitischer Geschichtsbilder“ stehe. Aus der Terminologie und dem Geschichtsbild des Autors ließen sich zudem „‘Nazitöne’ klar identifizieren“. Bei der Beurteilung der NS-Herrschaft sei „eine klare Tendenz zumindest zur Minimierung der Terror- und Gewaltdimension des NS-Regimes zu finden“, während Juden „eine Schlüsselrolle“ für die Verantwortung am Zweiten Weltkrieg zugeschrieben werde.

Dementsprechend gelassen gibt sich Pfeifer. Seine Verurteilung, so der 69jährige gegenüber „blick nach rechts“, halte er mit diesem Gutachten für ausgeschlossen. Empört ist er freilich über die Reaktion des zuständigen Ministeriums für Wissenschaft und Forschung in Nordrhein-Westfalen. Auf seine Anfrage, welche Konsequenzen es zu ziehen beabsichtige, hat er keine Antwort erhalten. M.F.

IMPRESSUM

Herausgeber:

Institut für Information und Dokumentation e.V.

Verlag:

Vorwärts Verlag GmbH
Wilhelmstraße 140, 10963 Berlin
Telefon (030) 2599 16 41, Fax 2599 16 54

Redaktionsleitung:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Winterstr. 35, 53177 Bonn
Telefon (0228) 95 10 41 6, Fax 31 45 23

Satz und Lithos:

DAVIS BONN GmbH

Druck:

Braunschweig-Druck GmbH

Erscheint 14tägig, Bezug nur Abonnement
Preis DM 117,- jährlich, zzgl. MwSt. und Versandkosten

Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein:

Schauplatz für Verlage

Die Zahl der organisierten Rechtsextremisten ist leicht rückläufig, die der unorganisierten ist geringfügig angestiegen. Das ist der „Trend“, den das Innenministerium in Schleswig-Holstein festgestellt hat, so die Kernaussage des jetzt veröffentlichten Verfassungsschutzberichtes. Als besonders bedenklich wird dabei die zunehmende Resonanz auf nationalistische, rassistische, antisemitische und gewaltverherrlichende Musikproduktionen bezeichnet. Dabei gibt es in der Musikszene von jungen Neonazis und Skinheads internationale Kontakte - aus Schleswig-Holstein dabei am bekanntesten die Gruppe „Kraftschlag“.

Eine tragende Rolle bei den Aktivitäten von rechts schreibt man in Kiel den ehemaligen Mitgliedern der verbotenen „Nationalen Liste“ (NL) aus Hamburg zu. Sie hat sich einen Ableger in Henstedt-Ulzburg (Kreis Segeberg) geschaffen: Die „Patriotische Jugend“. Als gewichtiges Propagandaorgan dient dabei der „Bramfelder Sturm“, jetzt umbenannt in „Hamburger Sturm“. „Republikaner“ und DVU befinden sich offenbar im „Dornröschenschlaf“ - Aktivitäten sind Fehlanzeige. Regere Tätigkeiten gibt es da aus dem Umfeld der NPD und JN. Sie stecken hinter inzwischen drei Bündnisveranstaltungen mit überregionalem Charakter (Kreis Segeberg und Kreis Rendsburg-Eckernförde).

Das Land zwischen Nord- und Ostsee ist für das rechtsextreme Spektrum im Bundesgebiet besonders interessant als Schauplatz für Verlage und Vertriebsdienste. Auf überregionales Interesse stößt der „Nord-Versand“ aus Halstenbek (Kreis Pinneberg) - erreichbar unter dem ehemaligen FAP-Postfach von Glenn Goertz. Der JN zuzurechnen ist der „Buchdienst Nord“ aus Burg (Dithmarschen). Seit Jahren aktiv: der „Verlag für ganzheitliche Forschung“ von Roland Bohlinger in Viöl (Kreis Nordfriesland). Dort werden Nachdrucke aus der NS-Zeit und antisemitische Lektüre vertrieben. Die Versandbuchhandlung „Gisela Stiller“ aus Stafstedt (Kreis Rendsburg-Eckernförde) bedient die Klientel des rechtslastigen „Bundes für Gotterkenntnis“ (Ludendorffer). Diese Organisation taucht im übrigen nicht mehr im Verfassungsschutzbericht auf, dafür im Sektenbericht der Landesregierung. Weiterhin aktiv ist der Verleger

Dietmar Munier (Arndt-Verlag) aus Martensrade (Kreis Plön) mit dem „Arndt Buchdienst/Europa-Buchhandlung“ sowie mit dem Unternehmen „Lesen und Schenken Verlagsauslieferung und Versandgesellschaft mbH“. Munier hält hauptsächlich revisionistische Titel vor sowie die NS-Zeit glorifizierende Schriften. Ausdrücklich Erwähnung im Verfassungsschutzbericht finden ebenso Muniers Bestrebungen der Ansiedlung von Rußlanddeutschen im nordöstlichen Ostpreußen mit der „Aktion Deutsches Königsberg“ sowie dem „Schulverein zur Förderung der Rußlanddeutschen in Ostpreußen e.V.“.

Als neue Kleinstgruppen erstmals Erwähnung fanden ein Ableger „Gau Schleswig-Holstein“ des „Stahlhelm e.V.“ (Sitz Jork/Niedersachsen) sowie ein „Freundeskreis Nationaler Aktivisten“ in Bad Segeberg samt Segeberger Jugendkameradschaft (SJK). Über die pure Statistik zu Straf- und Gewalttaten mit rechtsextremem Bezug erfährt man im Bericht des nördlichsten Bundeslandes nichts.

H.F.

VERANSTALTUNGSHINWEISE

Halle/Saale - Mit der Thematik Medien und Rassismus befaßt sich ein Tagesseminar der Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt am 24. Mai. Die Teilnehmer/innen sollen dabei gemeinsam mit den Referentinnen und Referenten offenen und versteckten Rassismus in den Medien aufdecken. Information und Anmeldung: MITWELT - Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen/Anhalt, Neumarkstraße 9, 06108 Halle, Tel. 0345 / 2023927.

Solingen - Die ÖTV-Kreisverwaltungen Remscheid, Solingen und Wuppertal führen regelmäßig im Rahmen ihrer Bildungsarbeit Veranstaltungen zum Thema Rechtsextremismus durch. In den vergangenen Jahren referierten dort der österreichische Journalist Wolfgang Purtscheller sowie die Journalistin Franziska Hundseder („Rechte machen Kasse“). Auf der diesjährigen Veranstaltung am 27. Mai wird der Print- und TV-Journalist Anton Maegerle zum Thema „Alte/Neue Rechte - Neue Methoden - Welche Ziele?“ sprechen. Anlässlich der Tagung wird auch der Opfer des Brandanschlags auf die Familie Genc am 29. Mai 1993 in Solingen gedacht.

Nähere Informationen: ÖTV-Kreisverwaltung Solingen, Kölner Straße 45, 42651 Solingen, Tel. 0212 / 205041/42, Fax - / 13292.

Klare Worte aus Pforzheim

Macher der seit 1993 erscheinenden rechtsextremen Zeitschrift „Freies Wort Pforzheim“ ist Detlef von Seggern. Das „Freie Wort Pforzheim“ erscheint als Quartalsschrift mit 16 Seiten im DIN A4-Format. „Das alternative Stadtblatt“, so der Untertitel, verwendet die germanischen Monatsnamen „aufgrund ihrer sprachlichen Schönheit und Ausdruckskraft“. Neben Kurzmeldungen und Berichten werden rechte Theoretiker ausführlich vorgestellt. In der Ausgabe Nr. 14 vom vergangenen Frühjahr beispielsweise versucht die Redaktion des Blattes Ideen und Werk des Anti-Antifa-Experten Hans-Helmuth Knütter und des Zoologen und Ethnologen Irenäus Eibl-Eibesfeldt der Leserschaft nahe zu bringen. In anderen Ausgaben stehen der ehemalige FPÖ-Chefdenker Andreas Mölzer, der Unions-Rechtsaußen Heinrich Lummer, der Nationalneutralist Alfred Mechtersheimer und der Nationalrevolutionär Rolf Stolz im Vordergrund der Betrachtung. Berichtet wird des weiteren über die „Nationalen Runden Tische“ und Revisio-nisten wie den ehemaligen französischen KP-Theoretiker Roger Garaudy. Unter den wenigen Anzeigen des Blattes finden sich der Rastatter Rechtsextremist Albert Lämmel vom skurrillen „Arbeitskreis Demokratisches Geld-Steuer-Bodenrecht“ (AK DGSB) und der ehemalige Mitstreiter von Michael Kühnen, Michael Krämer, mit seiner Buchhandlung im oberbayerischen Miesbach wieder. Zu den hausgemachten Autoren zählen auch Leo Thenn und Kurt Niewiem, die beiden ehemaligen Stadträte der „Republikaner“ in Pforzheim, die zur „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ (DLVH) wechselten. Der Rentner Niewiem brachte es bis zum Sprecher des DLVH-Landesverbandes Baden-Württemberg und zum Bundesschatzmeister der gescheiterten Partei. Der Pensionär Thenn suchte sich letztlich erfolglos als Strategie der „Vereinigten Rechten“ („Pforzheimer Modell“) zu etablieren.

Von der Aufmachung und den Inhalten her lehnt sich das „Freie Wort Pforzheim“ sehr stark an die 1990 erstmalig erschienene „Freiheit Watten-scheid“, Herausgeber Michael Frank war nach eigenem Bekunden Mitglied der NPD, und das „Freie Wort Südwestfalen“ an. Der Initiator des „Freien Wort Südwestfalen“, Rüdiger Kahsner, zählte zu den Unterzeichnern der „Pulheimer Erklärung“. Anstelle des „Freien Wort Südwestfa-

len“ erscheint inzwischen die von Kahsner heraus-gegebene „Westdeutsche Volkszeitung, Zeitung der nationalen Erneuerung“. Die „Westdeutsche Volkszeitung“ zählt zu dem „nationalen Medien-verbund“ um die neonazistische „Berlin Branden-burger-Zeitung“ (BBZ), die auch schon einen Bei-trag Detlef von Seggers veröffentlichte. Seggern unterschrieb im November 1995 die damals aktuel-le „Pulheimer Erklärung“ („Wir brauchen jetzt ein kraftvolles Signal zur Versöhnung und Bündelung aller seriösen Kräfte von rechts. Es muß Schluß sein mit dem Gegeneinander eigentlich Gleichge-sinnter. ...“) unter Angabe seiner Parteizugehörig-keit bei den rechtsextremen „Republikanern“.

Ulrike R. Kreutzer

Donauschwäbische Verbindungen

Bonn - Im aktuellen Heft (Nr. 87) des „Info-Dien-stes Deutsche Aussiedler“, der vom Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen, Horst Waffenschmidt (ehedem Parlamentarischer Staats-sekretär beim Bundesminister des Innern, zeitwei-lig Mitglied des Verwaltungsrats des „Vereins für das Deutschtum im Ausland“ >VDA<), herausge-geben wird, ist eine ganzseitige Einladung zum 10. „Donauschwäbischen Lehrerkongreß“ (Ansprech-partner u.a.: Hans Sonnleitner, Mitglied des Witi-kobundes; Festrede: Anton Tafferner, „ungarn-deutscher Volkstumspfleger“, so der rechtsextreme „Eckartbote) dokumentiert. Eingeladen wurde von der „Arbeitsgemeinschaft Donauschwäbischer Lehrer e.V. (ADL). Vorsitzender der Arbeitsge-meinschaft ist der Studienrat Matthias Weifert (Miltenberg). Der Bundesregierung scheint offen-sichtlich nicht bekannt zu sein, daß Weifert mehr-fach per Anzeigen in der „Jungen Freiheit“ (JF) auf sich und seinen ADL aufmerksam machte. Zumin-dest zeitweilig agierte Weifert gar als stellvertre-ter Bundesvorsitzender des rechtsextremen „Bundes für Gesamtdeutschland. Ostdeutsche, Mittel- und Westdeutsche Wählergemeinschaft“. Bekannt ist er auch als Autor in der neuheidni-schen Postille „Pen Tuisko“ und im Vierteljahres-heft „Die deutsche Schrift“ vom germanophilen „Bund für deutsche Schrift und Sprache“. Über die „Donauschwäbischen Lehrerkongresse“ wurde in den letzten Jahren u.a. im „Eckartboten“ und in „Pen Tuisko“ berichtet.

Das Schicksal der Remigranten nach 1945

Deutsche unter Vorbehalt

1933 floh er vor den Nazis nach Norwegen. 1938 raubten sie ihm die deutsche Staatsbürgerschaft. 1947 kehrte er zurück, beantragte die Staatsbürgerschaft, wurde wieder Deutscher und zog für die SPD in den Bundestag ein. Ehe er 1969 den Sprung ins Kanzleramt schaffte, hatten Hetzer ihm Vaterlandsverrat vorgeworfen nach dem Motto: Wir sind in Deutschland geblieben, Ihr aber seid geflohen, habt Euch gedrückt. Herbert Wehner mußte das auch ertragen - viele Deutsche, die sich ins Ausland retteten. Herbert Weichmann aus Hamburg, dessen Erster Bürgermeister er später wurde oder Ernst Reuter, viele Jahre Regierender Bürgermeister von Berlin-West. Ein anderer prominenter Emigrant war Robert Kempner. Schon als sehr junger Mann Justitiar des Preussischen Innenministers, bereits Anfang 1933 von Hermann Göring entlassen, floh er über Italien in die USA und kehrte im Sommer 1945 in die US-Zone zurück, um als Stellvertretender US-Ankläger im Nürnberger Strafverfahren gegen NS-Spitzen mitzuwirken.

Nur jeder Zehnte kehrte zurück

Der Sozialist und Humanist Kempner wäre vermutlich der erste Bundesjustizminister geworden, hätte er wie Willy Brandt die deutsche Staatsbürgerschaft beantragt. Der Jurist Kempner argumentierte freilich logisch und überzeugend, Deutschland habe ihn verstoßen, nun müsse dieser Staat ihm die Staatsbürgerschaft zurückgeben. Das konnte die Bundesrepublik angeblich aus formalen Gründen nicht, und so lehnte Kempner das Angebot von Bundeskanzler Konrad Adenauer ab, parteiloser Bundesjustizminister zu werden. Noch komplizierter war es bei dem sozialdemokratischen jüdischen Rechtsanwalt Josef Neuberger, der aus Düsseldorf nach Palästina geflohen war, früh in die Bundesrepublik kam und im Kabinett von Ministerpräsident Heinz Kühn Justizminister werden wollte. Neuberger lebte in der Bundesrepublik mit der israelischen Staatsbürgerschaft wie Kempner mit der amerikanischen. Als Justizminister eines deutschen Bun-

deslandes glaubte Neuberger allerdings, deutscher Staatsbürger sein zu müssen. Doch nur mit Hilfe einer Sonderbestimmung konnte er aus der israelischen Staatsbürgerschaft entlassen werden. Dies sind nur ganz wenige Beispiele dafür, wie schwer es deutschen Emigranten gemacht wurde, nach Hause zu kommen. Heimweh hatten sie fast alle.

Um die Staatsbürgerschaft bitten

Etwa eine halbe Million Deutsche sind vor Hitler und seinen willigen Vollstreckern ins Ausland geflohen. Nur jeder zehnte Emigrant ist zurückgekehrt. Zuerst kamen die politisch Verfolgten nach Hause - die meisten zwischen 1946 und 1949. Sie wurden zumindest von ihren Freunden begrüßt und gebeten, beim Aufbau eines neuen Deutschland zu helfen. In den Jahren von 1954 bis 1959 kehrten einige tausend deutsche Juden zurück. Sie sind nur ganz vereinzelt gerufen worden - vor allem aus Berlin, Hamburg und Frankfurt am Main, wo Remigranten hohe Ämter innehatten. Ernst Reuter in Berlin-West, Herbert Weichmann in Hamburg. Vielen erging es wie Robert Kempner. Sie sollten um die deutsche Staatsbürgerschaft bitten, die ihnen von den Nazis geraubt worden war. Eine Zumutung, der sich fast alle verweigerten. Einige kamen zwar trotzdem, behielten aber die Staatsbürgerschaft des Landes, das ihnen Zuflucht gewährt hatte.

Zweieinhalb Jahre haben die Mitarbeiter/innen des Vereins „EL-DE-Haus Köln“ - einem NS-Dokumentationszentrum - in Archiven und Sammlungen nach Dokumenten und Fotos gesucht, Remigranten befragt, ehe sie Ende April in der Kölner Volkshochschule am Neumarkt die Ausstellung „Unter Vorbehalt - Rückkehr aus der Emigration nach 1945“ eröffnen konnten. Peter Liebermann sagte auf einer Pressekonferenz, außer mit einer Ausstellung in Berlin habe sich bisher um dieses Kapitel deutscher Zeitgeschichte kaum jemand gekümmert. Gezeigt werden 30 Biographien von Remigranten, die vorwiegend Bezüge zum Rheinland haben. Viele jener, die damals zurückgekommen und noch am Leben sind, seien erleichtert darüber, daß sich endlich jemand ihres Schicksals annehme. Die Ausstellung bleibt bis zum 29. Juni 1997 täglich von 14.00 bis 21.00 Uhr geöffnet - außer sonntags und montags. Der Eintritt ist frei.

Heiner Lichtenstein

Der Versuch einer moralischen Entlastung:

„Hitlers rechte Gegner“?

„Für uns stellt sich heute ... die Aufgabe, Stigmatisierungen in Zukunft vorzubeugen. Es geht darum, zu zeigen, daß die deutsche 'Rechte' keineswegs 100-prozentig im Nationalsozialismus aufgegangen ist, vielmehr eine kaum überschaubare Menge von Verfolgten, Emigrierten und Widerstandskämpfern dieser vorschnellen Annahme entgegensteht“ (S. 15). Mit dieser Absicht liefert Claus Wolfschlag in seinem Buch „Hitlers rechte Gegner“ (Engerda 1995) einen Überblick zur zeitgenössischen Kritik am Nationalsozialismus von „rechts“. Der politisch-ideologische Charakter der Darstellung wird offen erkennbar: Es geht primär nicht um eine sachliche historische oder politikwissenschaftliche Darstellung, sondern um die moralische Rehabilitierung der NS-kritischen politischen „Rechten“. Wolfschlag selbst steht auch als politischer Publizist hinter dieser Absicht, schreibt der Geschichtsstudent doch in Publikationsorganen wie der „Jungen Freiheit“ (JF) sowie in Sammelbänden wie „Wir '89er“ oder dem „Jahrbuch zur Konservativen Revolution“. Das Buch selbst erschien im der „Neuen Rechten“ zuordbaren „Arun-Verlag“ des ehemaligen JF-Redakteurs Stefan Ulbrich.

Die jeweiligen Kapitel beschreiben nach Ideologievarianten unterteilt Ideologie, Vertreter und Wirken verschiedener geistiger Strömungen, angefangen bei den Nationalrevolutionären (Niekisch, Paetel, Strasser etc.) über die Jungkonservativen (Jung, Pechel etc.) und Völkischen (Ludendorff, Wulle etc.) bis zu den Bündischen (Ebeling, Koebel etc.). Dabei werden einleitend Beispiele für Unterdrückung, Emigration und Widerstand entsprechender Einzelgänger gegeben.

Abschließend beschäftigt sich Wolfschlag mit den Gründen für die NS-Gegnerschaft der Portraitierten: „Zum einen ist da das persönliche Motiv. Ein unbändiger menschlicher Ehrgeiz machte es den teilweise selbst ernannten Führern der verschiedenen Gruppen unmöglich, sich nationalsozialistischem Kommando unterzuordnen ... Als zweites Widerstands-Motiv bei den besprochenen Persönlichkeiten tritt ein ausgesprochener Idealismus zutage. Negativ ausgedrückt könnte man auch von ideologischem Dogmatismus sprechen, der sich

zwangsläufig mit dem damaligen Herrschaftssystem reiben mußte“ (S. 159).

Wolfschlags Darstellung liefert zwar auf engem Raum wichtige Basisinformationen zu den jeweiligen Gruppen und Strömungen, aus wissenschaftlicher Sicht enttäuscht die Arbeit aber: Weder wird eine konkrete Fragestellung herausgearbeitet noch eine Einbettung des Themas in die Forschungskontroverse vorgenommen. Darüber hinaus schöpft der Autor sein Wissen in der Regel aus zweiter Hand: Er übernimmt Informationen aus ein paar Werken der Sekundärliteratur, ohne häufig die Primärliteratur der Portraitierten im Original zur Kenntnis genommen zu haben. Darüber hinaus verstört die offen erkennbare politisch motivierte Absicht, mit der Betonung auf die Distanz der vorgestellten Gruppen und Strömungen zur Hitlerischen NSDAP, diese moralisch von der Schuld intellektueller Wegbereitung und ideologischer Gemeinsamkeiten zu entlasten. Hinsichtlich der genannten Motive kann Wolfschlag aber indirekt zugestimmt werden: Gründe für das Handeln von „Hitlers rechten Gegnern“ waren nicht deren Bejahung der Menschenrechte oder des demokratischen Verfassungsstaates, sondern primär persönliche Motive und lagerinterne ideologische Differenzen.

Armin Pfahl-Traugher

Rechtsdenker

„Es ist mir unverständlich, daß gegenwärtig darüber diskutiert wird, ob der Landtag die umstrittene Wehrmachtausstellung 'Ver-nichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944' unterstützen bzw. fördern soll. ... Wenn der Multimillionär Reemtsma diese unerträgliche Ausstellung unbedingt zeigen möchte, dann soll er dies auf eigene Rechnung machen. Darüber hinaus erwarte ich, wenn diese unsägliche Ausstellung nach Sachsen-Anhalt kommen sollte, daß dann aber auch die Verbrechen der Roten Armee und die Verbrechen der Alliierten an den deutschen Kriegsgefangenen sowie die grausame und widerrechtliche Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten dokumentiert wird...“

Karsten Knolle, CDU-Landtagsabgeordneter in Sachsen-Anhalt, in einer Presseerklärung vom 14. April

ZEITSCHRIFTENSCHAU

Rechtsextremistische Periodika in 1997

„Europa Vorn“, 10.Jg., Nr. 114 - April 1997:
„Multi-Kulti? Nein Danke“ - so titelt Herausgeber Manfred Rouhs im Vorwort des Heftes; sein Credo lautet „Deutschland den Deutschen“. Dem stimmt auch Franz Schönhuber zu, an dem das „Ausländerproblem“ besonders nagt. So entwickelt er ein wahres Horrorszenario ob der „Zerstörung verbreitenden Ströme“ an Zuwanderern in die Bundesrepublik. Verfährt dabei frei nach dem Motto „Dortmund ist überall“ verbunden mit der Schilderung, daß dort die „Türken das Sagen“ hätten und „die Deutschen sich angstvoll in ihre Wohnungen zurückziehen“. Schuld daran trägt natürlich die „political correctness“, die immer nur Auschwitz sehen und den Völkermord an den Armeniern nicht benennen würde. Ähnlicher Tenor auch bei Alfred Mechttersheimer, der einen Zusammenhang zwischen der „multikulturellen Zusammensetzung einer Gesellschaft ... und dem Defizit an Demokratie“, sieht, denn dadurch würde die für Demokratie notwendige nationale Homogenität aufgeweicht. Die durch Zuwanderung bewirkte „Entnationalisierung von unten“ liege daher durchaus im Interesse der Regierenden, da sie als Knute - mit dem Strafgesetzbuch; Stichwort „Volksverhetzung“ - gegen demokratische Bestrebungen eingesetzt werden könnte. Möglich mache dies die „intensivierte Kultivierung der deutschen Schuld“. Wolfgang Strauss schließlich bejubelt die Demonstrationen der Kumpel in Bonn und der Bauarbeiter in Berlin: Klassenkampf sei gleichzusetzen mit Befreiungsnationalismus; es gehe schließlich auch um die „Ketten der nationalen Selbsterniedrigung“. Emphatischer Bericht vom Parteitag des Front National, der Berichterstatter gibt den deutschen Weggefährten die tröstende Botschaft mit, daß jetzt eben die Aufbruchstimmung für „eine nationale Renaissance“ von Frankreich ausgehe. Aber schließlich habe Deutschland in diesem Jahrhundert schon zweimal beinahe „eine Vorreiterrolle in (und für) Europa und gegen raumfremde Mächte“ innegehabt.

„Junge Freiheit“(JF)-12.Jg.,Nr.16-19/97:
Alfred Mechttersheimer beklagt in seiner Kolumne den Exitus der DM als Symbol für die „Aushöhlung des Nationalstaats“ und den damit ver-

bundenen Niedergang der deutschen Nachkriegs-demokratie (16/97). Posthum zu Ehren kommt der kürzlich verstorbene Führer der türkischen Rechtsextremisten Alparslan Türkeş, dem „Charakter und Prinzipientreue“ bescheinigt werden. Jürgen Hatzenbichler setzt sich mit dem Begriff „Neue Rechte“ auseinander; der Rechtsintellektuelle sei der wahre Streiter für die Werte unserer Demokratie. Geschichtsrevisionist Alfred Schickel gedenkt des 1947 wegen Kriegsverbrechen und Hochverrats hingerichteten Ex-Präsidenten und NS-Kollaborateurs des slowakischen Marionettenstaats Jozef Tiso (16/97). Der Chefdenker der französischen Neuen Rechten Alain de Benoist rechnet mit den Demonstranten gegen den Front National ab; hierdurch würde der Faschismus, der längst Vergangenheit sei, „banalisiert“ (17/97). Südtirol-Aktivistin Eva Klotz beklagt im Interview die „Kolonialmentalität“ des italienischen Staats. Anti-Antifa-Strategie Hans-Helmuth Knütter stellt eine Ungleichgewichtung des linken und des rechten Extremismus beim Verfassungsschutz fest, bei den rechtsextremen Straftaten würden gar bloße Propagandadelikte wie Hakenkreuzschmierereien gezählt (17/97). Michael Walker, Herausgeber des neu-rechten Theorieorgans „The Scorpion“ und Autor in rechtsextremistischen Publikationen, darf polemisch gegen den Labour-Vorsitzenden und neuen britischen Premier Tony Blair zu Felde ziehen (18/97). Das JF-Dauerthema „Wehrmachtausstellung“, eine „Neuaufgabe propagandistischer Schauprozesse im militärgeschichtswissenschaftlichen Gewand“ handelt Alfred Schickel ab; als Indiz für die Ehrenhaftigkeit der Wehrmacht dient der Hinweis, daß schließlich die gefallenen (deutschen) Kameraden ehrenvoll bestattet wurden (18/97). Günter Rohrmoser (Universität Stuttgart-Hohenheim) bewertet den Fall einer kopftuchtragenden Lehrerin islamischen Glaubens an einer baden-württembergischen Schule indirekt als ersten Schritt zu einer „geistig-kulturellen Enteignung“ der Deutschen (19/97). Nicht auf sich ruhen läßt die JF die Bombardierung der baskischen Stadt Guernica vor sechzig Jahren - über tausend Opfer, meist Zivilisten waren zu beklagen - durch die deutsche „Legion Condor“. Angeprangert wird die Gedenkens- und Trauerbotschaft von Bundespräsident Roman Herzog, die dieser mit der Bitte um Versöhnung an die Überlebenden des Massakers richtete. Hier habe Herzog „in peinlicher Weise wieder einmal unberechtigt deutsche Schuld demonstriert“ (19/97).

BÜCHERSCHAU

**NS-Ideologie
und Religion**

Handelt es sich beim Nationalsozialismus um eine im Kern messianische Bewegung, liegen der NS-Ideologie und -Politik religiöse Wurzeln zugrunde? Auf derartige Aspekte und Zusammenhänge hatte bereits 1938 der Philosoph und Politikwissenschaftler Eric Voegelin in einer Studie über „Die politischen Religionen“ aufmerksam gemacht. Das Verständnis des Nationalsozialismus als politische Religion bildete auch das Thema einer wissenschaftlichen Tagung, die zwischen dem 21. und 23. Mai 1995 in Wien stattfand. Aus den dort gehaltenen Vorträgen entstanden die Texte zu einem von Michael Ley und Julius H. Schoeps herausgegebenen Sammelband, der unter dem Titel „Der Nationalsozialismus als politische Religion“ 14 Beiträge zu den unterschiedlichsten Aspekten des Themas aus der Feder von Historikern und Politikwissenschaftlern enthält.

Einleitend ordnet Michael Ley den Nationalsozialismus den apokalyptischen Bewegungen in der Moderne zu und interpretiert den Holocaust als die Exekution des Mythos vom Antichrist in der Moderne. Dem folgt ein Abschnitt zu den apokalyptischen und gnostischen Elementen im Nationalsozialismus, worin sich Klaus Vondung zur Apokalypse des Nationalsozialismus äußert, Joachim Riedl den langen Schatten des Kreuzes von Golgatha zur Svastika nachzeichnet und Hans-Christof Kraus Eric Voegelins Arbeiten zur Politischen Theologie darstellt und einschätzt. Fallstudien zu verschiedenen Phänomenen enthält die Rubrik zum Nationalsozialismus als religiösem Gesamtkunstwerk, wobei sich Gottfried Wagner mit dem Erlösungswahn Wagners im „Lohengrin“ und „Parsifal“, Ernst Piper mit Alfred Rosenberg als Propheten im Seelenkrieg und Robert S. Wistrich mit Adolf Hitler zwischen Kunst und Megalomanie beschäftigt. Im anschließenden Kapitel über den Nationalsozialismus als säkulare Religion der Moderne interpretiert Francois Bédarida den Nationalsozialismus

als eine politische und nationale Ersatzreligion, Philippe Burrin behandelt das Mythologisch-Symbolische in einer säkularisierten Welt und Peter Schöttler stellt das Konzept der politischen Religionen bei Franz Borkenau und Lucie Varga vor. Moderne Apokalypsen in Literatur, Architektur und Malerei bilden den Schwerpunkt des letzten Abschnittes. Im abschließenden Beitrag fragt Julius H. Schoeps nach der möglichen Erklärung des Holocaust als Ausdruck von Erlösungswahn und Vernichtungswille.

So verschieden die jeweiligen Beiträge nicht nur inhaltlich, sondern auch methodisch und strukturell sind, zieht sich durch sie doch wie ein roter Faden die Deutung des Nationalsozialismus als eine Glaubensbewegung, die sich alle mythologischen Funktionen einer Religion zu eigen gemacht hatte. Derartige Interpretationen, die häufig in zustimmender, aber auch kritischer Auseinandersetzung mit Voegelins klassischen Arbeiten zum Thema erfolgen, werden für die verschiedensten Aspekte und Bereiche des Nationalsozialismus vorgenommen. Schoeps meint, entsprechende Ansätze auch für die Erklärung des Holocaust nutzen zu können: „Wenn wir akzeptieren, daß der Nationalsozialismus tatsächlich eine echte Glaubensbewegung war, dann gilt auch für den Vorgang des organisierten Judenmordes, daß dieser nur erklärbar ist, wenn man den christlichen Kontext der Bewegung berücksichtigt. ... Denn es gibt zweifellos manche strukturelle Ähnlichkeit zwischen der NS-Ideologie und der christlichen Apokalyptik ... Es stimmt nachdenklich, daß fast alle einschlägigen Elemente des christlichen Erlösungsdenkens im Nationalsozialismus nachweisbar sind“ (S. 268).

Was hier Schoeps vorsichtig tastend und zurückhaltend formuliert, ist keineswegs ein neuer Ansatz in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Dessen Deutung als säkularisierte politische Religion geht - wie bereits erwähnt - auf frühe Arbeiten von Eric Voegelin zurück. Danach wurden entsprechende Ansätze in der Diskussion und Forschung allerdings nicht mehr stärker berücksichtigt oder gar weiter entwickelt. Erst durch Claus E. Bärschs

Arbeit „Erlösung und Vernichtung“ (1987) und Michael Leys Werk „Genozid und Heilserwartung“ (1993) erinnerte man sich wieder verstärkt derartigen Interpretationsansätzen. Sie wurden in dem Sammelband aufgegriffen und weiter entwickelt.

Allerdings stehen damit zusammenhängende Erklärungsansätze und Theorien noch am Anfang und haben stark fragmentarischen Charakter. Die Frage, was es denn gesellschaftlich und politisch bedeute, den Nationalsozialismus als politische Religion zu

interpretieren, wurde bislang nur am Rande gestellt und noch nicht einmal in Ansätzen beantwortet. Es besteht darüber hinaus auch die Gefahr, mit derartigen Theorien den sicherlich zweifelhaften Anspruch eines neuen monokausalen Ansatzes zur Erklärung des Nationalsozialismus im allgemeinen und des Holocaust im besonderen zu formulieren.

Armin Pfahl-Traugher

Michael Ley/Julius H. Schoeps (Hrsg.), Der Nationalsozialismus als politische Religion, Bodenheim 1997 (Philo Verlagsgesellschaft), 280 S., 48 DM

Tagebuch

Inland

Bad Hersfeld - In der Stadthalle von Bad Hersfeld findet am 30. Mai/1. Juni die „2. Kultur-Konservative Messe“ statt. Veranstalter ist der Verein „Konservative Kultur und Bildung e.V. - konservatives Büro“ (Mitglied des Vereinskuratoriums ist u.a.: Caspar von Schrenck-Notzing) in Bielefeld. Über die „1. Kultur-Konservative Messe“, bei der 36 Organisationen, Verlage oder sonstige Institutionen anwesend waren (u.a. „Bund für ein qualifiziertes Studium“ >BAQS<, „Europäische Arbeitsgemeinschaft >Mut zur Ethik<, „Wahre Liebe wartet e.V.“, „Komm-Mit-Verlag“), berichteten u.a. die „Junge Freiheit“, „Das Ostpreußenblatt“, „Zeit-Fragen“ und „Criticon“. Als Referenten traten u.a. die rechtslastigen Professoren Lothar Bossle und Konrad Löw sowie Helmut Matthies („idea“) und Reginald Rudolf („rundy“) auf. Cheforganisator der Veranstaltung war Werner Roth vom „Konservativen Büro“, Ex-Bundesvorstandsmitglied der wiederbegründeten „Deutschen Partei“ und Mitinitiator der im Herbst 1992 in Bielefeld gebildeten „Planungsgruppe Vierte Partei“, Unterzeichner des Appells „8. Mai 1995“.

Bad Soden/Berlin - Die „Liberale Offensive“, eine rechte Strömung innerhalb der FDP, will erneut eine Mitgliederbefragung in der FDP über den Euro herbeiführen. Heiner Kappel, Sprecher der Nationalliberalen und stellvertretender FDP-Fraktionschef in Hessen, rechnet damit, bis zum FDP-Bundesparteitag am 23. Mai genügend Unterstützungsunterschriften zusammenbekommen zu

haben. Nach Angaben der rechtsextremen „Jungen Freiheit“ ist die „Liberale Offensive“ jetzt auch in Berlin vertreten, da sie sich mit den Berliner FDP-Rechtsabweichlern um Alexander von Stahl zusammengeschlossen hat. Mit einer breitangelegten Werbe-Offensive präsentieren sich die FDP-Rechten derzeit als eigenständige Gruppierung mittels Kleinanzeigen in konservativen und auch liberalen Tageszeitungen (FAZ, Welt, SZ, Kölner Stadtanzeiger etc.) der Öffentlichkeit.

Berlin - Die neonationalsozialistisch ausgerichteten „Die Nationalen“ trauern um ihre Kameraden Chris Danneil (Leiter der „Kameradschaft Elbe-Ost“) und Olaf Schmidtke („zwei hervorragende Mitstreiter für unsere Bewegung“), die in der Nacht vom 16. zum 17. April von Detlef Nolde (ehemals Cholewa) und Lutz Schillock, beide sind Mitglieder der „Kameradschaft Treptow“, ermordet worden sein sollen. Für die Tat, so ist es in der homepage der „Nationalen“ im Internet zu lesen, „gibt es weder eine Erklärung noch eine Entschuldigung.“ Gerüchte, daß Danneil und Schmidtke dem Verfassungsschutz zugearbeitet haben sollen, werden von den „Nationalen“ nicht aufgegriffen: „Einen Grund“ für die Tötung der Kameraden „gab es nicht“: „Da es für diesen Mord an unseren Kameraden keinerlei Entschuldigung gibt, auch Unzurechnungsfähigkeit infolge Alkoholgenuß gilt hier nicht, gibt es für die beiden Täter kein Zurück in unsere Bewegung.“

Coburg/Marburg - In der aktuellen Ausgabe von „Nation+Europa“ (Mai '97) findet sich ein Beitrag des Anfang des Jahres in das Marburger Studentenparlament gewählten REP-Studentenvertreters Eike Erdel, der auch Mitglied des „Republikanischen Hochschulverbandes“ ist.

Eningen/Baden-Württemberg - Helle Aufregung herrscht im baden-württembergischen Eningen (Kreis Reutlingen). In der Gemeinde, in der sich u.a. Holger Apfel, Bundesvorsitzender der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN), in einer geerbten Villa, nunmehr zum NPD-Domizil umgebaut, niedergelassen hat, wurde im „Heimatboten“, quasi dem Amtsblatt, Text und Anzeige der JN veröffentlicht, die zu ihrem „ersten JN-Jugendtreff“ nach Eningen einlud. Zahlreiche Geschäftsleute erwägen nun den Boykott des Blattes. Heftigen Protest gegen die Veröffentlichung hat auch die evangelische Kirche eingelegt.

Erfurt - Das Landgericht Erfurt hat eine Berufung des NPD-Landesvorsitzenden von Thüringen, Frank Golkowski, gegen ein Urteil des Erfurter Amtsgerichts zurückgewiesen. Das Gericht hatte im Sommer vergangenen Jahres Golkowski der Vortäuschung einer Straftat in zwei Fällen für schuldig befunden und zu einer Freiheitsstrafe von zehn Monaten auf Bewährung verurteilt (vgl. BNR 14/1996). Dem NPD-Funktionär war vorgeworfen worden, gegen ihn gerichtete Drohbriefe selbst verfaßt und ebenfalls eine Handgranate unter das eigene Auto gelegt zu haben, um einen Anschlag vorzutäuschen.

Essen - Die nordrhein-westfälische NPD hat auf ihrem 33. Landesparteitag in Essen den bisherigen NPD-Landesvorsitzenden Udo Holtmann in seinem Amt bestätigt. Wiedergewählt wurden auch die stellvertretenden Landesvorsitzenden Wolfgang Frenz, Wolfgang Henning und Erwin Kemna.

Hamburg - Der Neonazi-Liedermacher Frank Rennie hat im April Strafanzeige und Strafantrag wegen der Ausstellung „Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht 1941-44“ gegen Jan Philipp Reemtsma und Hannes Heer wegen Verleumdung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener sowie Volksverhetzung gestellt. Rennie in seinem Schreiben an die Staatsanwaltschaft beim Landgericht München: „Als Enkel von ehemaligen Wehrmachtsangehörigen, wobei auch Verwandte den Krieg nicht überlebten, fühle ich diese Verleumdungen in ihrer ganzen Tiefe und durchlebe eine ohnmächtige Betroffenheit über diese Aufhetzungen.“

Hetendorf/Hamburg - Auch in diesem Jahr findet unter der Leitung von Jürgen Rieger wieder eine „Hetendorfer Tagungswoche“ statt (14. - 22. Juni). Höhepunkt der „Tagungswoche“ ist die Sonn-

wendfeier vom 20. auf den 21. Juni, zu der Neonazis aus dem gesamten Bundesgebiet angekündigt sind. Einladungen können über Jürgen Rieger, Hamburg, angefordert werden.

Leipzig - Noch am 28. April gab sich der Initiator des Thulenetzes, der in Erlangen lebende Neonazi Thomas Hetzer, kämpferisch: „Gemeinsam gehört die Straße uns!“. Feierlich teilte er seinen Kameraden mit, daß nach Absprache mit Steffen Hupka klar sei, daß die Neonazi-Demo am 1. Mai in Leipzig „definitiv stattfinden“ werde und „nicht mehr gekippt“ werden kann. Doch am 30. April wurde die Demo vom sächsischen Oberverwaltungsgericht (Bautzen) verboten. So kam es am Tag der Arbeit lediglich zu einem Auflauf von etwa 300 Neonazis in Leipzig. Weitere 250 Neonazis, darunter Frank Rennie, versammelten sich in Hannover-Münden und versuchten einen illegalen Aufmarsch durchzuführen (vgl. S. 6). Kleinere Neonazi-Treffen sollen laut Nationalem Infotelefon Hamburg auch im sächsischen Grimma und im hessischen Alsfeld und Burgdorf stattgefunden haben. Der Ausschlag für das Verbot der Veranstaltung wird in einem „Erlebnisbericht“ („Polizeistaat Deutschland ... oder wie wir den Tag der Arbeit erleben durften!“), abrufbar auf der NPD-homepage, als „pure Angst des Systems vor der neuen unbestechlichen politischen Kraft der NPD“ gewertet: „Die Herrschenden wollten um jeden Preis verhindern, daß die nationalen Rechte sich in Leipzig formiert, um den deutschen Arbeitern ihre Lösungen vorzutragen.“

Limbach (Westerwaldkreis) - Hans Rustemeyer bleibt trotz seiner Teilnahme an den „Runden Tischen“ (vgl. BNR 12/96) Mitglied der „Republikaner“. Der REP-Vorsitzende Dr. Rolf Schlierer (42) hatte in der Vergangenheit wiederholt den Ausschluß von Teilnehmern der „Runden Tische“, dem inzwischen gescheiterten Versuch, die extreme Rechte zu koordinieren und zu sammeln aus der Partei „Die Republikaner“ angekündigt. Rustemeyer hatte mit seiner Beschwerde gegen sein Ausschlußverfahren jedoch Erfolg. Das Bundesschiedsgericht der Partei „Die Republikaner“ unter Vorsitz von Hartmut Koch entschied zugunsten von Rustemeyer. Dies berichtete u.a. das rechtsextreme Periodikum „DESG-inform“ in seiner aktuellen Ausgabe. Das REP-Landesschiedsgericht Rheinland-Pfalz hatte zuvor den Parteiausschluß Rustemeyers beschlossen. Rustemeyer gehörte in der Vergangenheit bereits der „Deutschen Reichspartei“, der DVU, den „Unabhängigen Ökologen“

Adresse:

und dem Bundesvorstand der NPD an. Publizistisch wirkte Rustemeyer bei den Redaktionen von „Europa Vorn“ und der „Jungen Freiheit“ mit. In der jüngsten Ausgabe von „DESG-inform sowie von „Europa Vorn“ zählt Rustemeyer mit einer Rezension des Werkes des britischen Rechtspopulisten Sir James Goldsmith „Das Buch des Jahrzehnts!“ zu den Autoren.

München - Zum „Protest gegen Arbeitslosigkeit, Euro-Wahn und die Ausplünderung Deutschlands“ hatte der „Bund Freier Bürger“ (BFB) am 1. Mai in den Münchner Löwenbräukeller geladen. Redner war der BFB-Bundesvorsitzende Manfred Brunner. Mobilisiert wurde für die Veranstaltung auch im neonationalsozialistischen Thulenetzt durch den Pseudonymus „Zetan“.

Sondershausen/Gotha - Von Unbekannten wurde Ende April der jüdische Friedhof in der thüringischen Stadt Sondershausen geschändet. Die Täter stießen dabei fünf Grabsteine um und beschädigten eine Grabplatte. Nur wenige Tage zuvor waren auf dem Hauptfriedhof in Gotha auf einem Ehrenhain für ausländische Zwangsarbeiter 32 Grabsteine umgestoßen worden. Auf dem Friedhof sind 21 Zwangsarbeiter aus Lettland und acht aus Litauen bestattet.

Schliersee - Zur „Annaberg-Gedenkfeier“ lädt der Traditionsverein „Freikorp Oberland/Bund Oberland“ für den 25. Mai 1997 in die oberbayerische Gemeinde Schliersee. Zum Gedenken an die 52 Gefallenen des Freikorps Oberland vor 76 Jahren in Oberschlesien bei der Erstürmung des Annabergs findet wieder eine Kranzniederlegung statt. Treffpunkt ist 11.00 Uhr.

Wattenscheid/Nordrhein-Westfalen - Als Interviewpartner stellten sich für die neueste Ausgabe des rechtsextremen Stadtblattes „Freiheit Wattenscheid“ (7. Jahrgang; Nr. 27) der CDU-Politiker Heinrich Lummer MdB und der Wittener Papierunternehmer Michael Hasenkamp, stellvertretender Stadtverbandsvorsitzender der CDU Witten zur Verfügung. In „Freiheit Wattenscheid“, einer Publikation, die zeitweilig eine Auflage von ca. 10.000 Exemplaren hatte, wird gegen „Ausländer und Asylanten“ (STERN 46/92) gehetzt. Ziel des Blattes ist nach Angaben des NRW-Landesverfassungsschutzberichtes 1993 die „Rückgewinnung“ des zu Bochum gehörenden Ortsteils Wattenscheid. Herausgeber von „Freiheit Wattenscheid“ ist Michael Frank, einst im Heimat- und Bürger-

verein aktiv, der auch „als aktives NPD/JN-Mitglied und Mitglied der DVU bekannt geworden“ ist (NRW-VS-Bericht 1993). Frank war im September 1995 wegen Beleidigung, der Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener und eines Verstoßes gegen das Landespressegesetz zu elf Monaten Freiheitsstrafe auf drei Jahre Bewährung und zu einer Geldstrafe von 6.000 Mark verurteilt worden.

Ausland

Frankreich (Paris) - Der Front National hat zu den vorgezogenen Neuwahlen in Frankreich eine Liste mit 567 Bewerbern aufgestellt und will damit erstmals in sämtlichen Wahlkreisen präsent sein. Parteichef Le Pen erklärte unterdessen, daß er selbst nicht kandidieren wolle. Zeitungsberichten zufolge hatte Le Pen zunächst erwogen, im östlichen Südfrankreich, in Nizza, als Kandidat anzutreten, wobei allerdings seine Chancen gering gewesen wären.

USA (Washington) - Die amerikanische Justiz hat dem 73jährigen Bronislaw Hajda die USA-Staatsbürgerschaft aberkannt, weil dieser bei der Einbürgerung 1950 seine Beteiligung an Nazi-Verbrechen vertuscht hatte. Nach Ansicht des Justizministeriums hat Hajda an dem Massaker am 23. Juli 1944 im Vernichtungslager Treblinka mitgewirkt. Dem Gericht zufolge war Hajda auch Wärter im SS-Ausbildungslager Trawniki in Polen und soll sich an Einsätzen des SS-Bataillons Streibel beteiligt haben, das Polen zu Arbeitseinsätzen gezwungen hatte. Richard Hammer, 75jähriger früherer Wachmann in den KZs Auschwitz, Sachsenhausen und Mauthausen, wird nach einer richterlichen Entscheidung aus den USA ausgewiesen. Dem ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS war bereits vor einem Jahr die US-Staatsbürgerschaft aberkannt worden. Seit das amerikanische Justizministerium 1979 die Fahndung nach eingewanderten Ex-Nazis aufgenommen hat, erhielten 59 Personen wegen ihrer Nazi-Vergangenheit die Staatsbürgerschaft wieder aberkannt, 48 wurden des Landes verwiesen. 300 Verfahren sind noch im Gange.